

Dorota Barwińska

Engagement- und Demokratieförderung – eine Aufgabe der Bildungsinstitutionen

Dass Demokratie ist, kann man nicht einfach und mehrheitlich entscheiden, zur Demokratie muss man fähig sein, befähigt werden. Die Grundlagen dafür müssen durch Bildung und Erziehung gelegt werden. Demokratische Herrschaft und „zivile“ Gesellschaft sind zentrale Errungenschaften und bleibende Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Es ist aber auch deutlich, dass der Staat allein nicht in der Lage ist, das für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unerlässliche „soziale Kapital“ zu schaffen.

Die postkommunistische Systemtransformation, die in Polen seit dem Jahr 1989 zu beobachten ist, kann man als den Aufbau der Zivilgesellschaft betrachten. Vor allem beobachtet man den Wiederaufbau einer politischen Gemeinschaft, und im Falle der Bürger das Erwachen eines Verantwortungsgefühls der Gesellschaft an sich und dem Gemeingut gegenüber. 50 Jahre kommunistischer Herrschaft in Polen haben dazu beigetragen, dass die Gesellschaft ihr Verantwortungsgefühl für alles, was über die Errungenschaften vieler Generationen der Nation entscheidet, weitgehend verloren ging. Die bürgerliche Gesellschaft existierte unter dem kommunistischen System praktisch nicht, es wurde klar getrennt zwischen formalen staatlichen Einrichtungen auf der einen Seite und informellen Gruppen auf der anderen.

Mittlerweile ist der Begriff der „Bürgergesellschaft“ auch in Polen zum Leitbild einer guten Gesellschaftsordnung geworden, in der die Menschen aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen und sich in verschiedenen Rollen für das Gemeinwohl engagieren.

Heutzutage umfasst die Zivilgesellschaft unterschiedliche Elemente, wie gemeinnützige Vereinigungen, Nicht-Regierungs-Organisationen, die Gewerkschaftsbewegung, Gruppen, die insbesondere auf Gemeinschaftsebene entstehen. Sie sind im Wesentlichen durch ihre Unabhängigkeit von den jewei-

ligen Regierungen, von Behörden und politischen Parteien sowie der Tatsache, dass sie weder kommerzielle Interessen vertreten noch auf Gewinn ausgerichtet sind, gekennzeichnet.

Der heutige Mensch und vor allem die jungen Menschen leben innerhalb ihres eigenen Wertesystems und vergessen dabei die ganze moderne Welt. Die Demokratie ist aber jenes politische System, das ohne Bereitschaft seiner Mitglieder zur Partizipation nicht existieren kann. In der heutigen Welt ist ein beunruhigender Effekt festzustellen, nämlich ein Mangel an Patriotismus und bürgerschaftlicher Bildung.

Die Bürgergesellschaft beruht auf dem Fundament des Patriotismus, der hier verstanden wird als sozialpolitisches Verhalten, in dem nicht primär die eigenen Interessen im Vordergrund stehen, sondern das Gemeinwohl. Patriotismus bezeichnet „eine besondere Wertschätzung der Traditionen, der kulturellen und historischen Werte und Leistungen des eigenen Volkes“ (Schubert/Klein 2003). Man sollte nicht vergessen, dass in einem negativen Sinne Patriotismus zu Chauvinismus und Nationalismus führen kann. Im positiven Sinne kann Patriotismus als Bekenntnis zu den demokratischen Grundlagen der Gesellschaft und zur Verteidigung der Menschenrechte verstanden werden. Die Bürgerschaft ist ein dynamischer Begriff. Daher muss auch die bürgerschaftliche Bildung als ein lebenslanger, ununterbrochener Prozess verstanden werden, der die neuen Herausforderungen, die aus der Transformation der Gesellschaft und der Individuen entstehen, berücksichtigt. Für die effektive Entwicklung der Bürgerschaft in modernen Gesellschaften reicht dabei die reine Vermittlung von Wissen nicht aus.

Auch der *Europarat* hat auf die wichtige Bedeutung und die Rolle der bürgerschaftlichen Bildung aufmerksam gemacht. Er hat das Jahr 2005 zum „*Europäischen Jahr der Demokratieerziehung*“ ausgerufen. Dadurch wollte er betonen, wie wichtig die Bildung – sowohl die formale als auch die informelle – in einer lebenslangen Perspektive für die Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft ist. Die Ausrufung des Europäischen Jahres der Demokratieerziehung hatte den Zweck, Kinder, Jugendliche und Erwachsene für eine aktive und lebendige Demokratie zu begeistern.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Europäischen Jahres der Demokratieerziehung, die in den polnischen Schulen realisiert werden sollen, gehören:

- Bildung der bürgerlichen Fertigkeiten und Einstellungen
- Vorbereitung der Jugendlichen auf die Rolle als verantwortungsbewusste europäische Bürger
- Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und demokratischen Werten wie Freiheit, Pluralität, Toleranz bei Jugendlichen
- Verbesserung des Wissens über Demokratie, Staat und Zivilgesellschaft, Menschenrechte, Diskriminierung
- Förderung der engagierten Einstellungen und des Glaubens an eigene Stärken
- Bildung als Mittel zur Annäherung der Bürger an das lokale/kommunale Umfeld.

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben muss die Schule folgende Anforderungen berücksichtigen:

- die Jugendlichen beim Verstehen der heutigen Welt unterstützen und zeigen, in welcher Weise man die Welt ändern und verbessern kann
- Stärkung des Gemeinschaftsgefühls
- Förderung selbstständigen Denkens und Handelns
- Ausbildung des Gefühls der Solidarität und Verantwortung für sich und für die anderen
- Förderung der Bereitschaft sich an Bürgerinitiativen zu beteiligen und in Parteien mitzuwirken
- Verdeutlichung der Aufgaben der demokratischen Institutionen und ihrer Prozeduren
- Vermittlung der Regeln des Zusammenarbeitens und der Teilnahme an der öffentlichen Debatte.

Für Polen bedeutete das Europäische Jahr der Demokratieerziehung die Umsetzung von 250 auf regionaler und 700 auf Ortsebene durchgeführten Projekten. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Schulungen, Workshops, Lehrerkonferenzen sowie Publikationen, die sich mit der bürgerschaftlichen Erziehung befassen, aber auch konkretes Handeln, an dem sich Schüler und Lehrer aktiv beteiligen. Unter anderem fanden folgende Konferenzen und Seminare statt:

- Die Teilnahme der Jugendlichen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben als der Weg der Entwicklung der Bürgerschaft
- Die Schule angesichts von Herausforderungen interkultureller Bildung

- Informationstechnologie in der Wissensgesellschaft
- Interkultureller Dialog in Bildung und Erziehung
- Die Konzeption der Bürgerschaft im vereinigten Europa
- Berufsausbildung und Arbeitsmarkt
- Dilemma der polnisch-russischen Beziehungen
- Junge Europabürger
- EU Bildungsprogramme, Toleranz.

Außerdem wurden in Schlesien über 800 Personen auf verschiedenen Workshops und Schulungen ausgebildet. Die Themen waren z. B.:

- Projektmethode bei bürgerschaftlicher Bildung
- Europäische Bildung bei schulischen Tätigkeiten
- EREO in Polen, Forum für Erfahrungsaustausch
- Humanitäre Bildung
- Regionale Bildung und Erziehung, Engagement der Jugendlichen im lokalen Umfeld
- Kinder-Rechts-Konvention
- Arbeitsmarkt
- Wir gründen und führen eine Firma.

Zusätzlich hat das polnische Ministerium für Sozialpolitik die Bedeutung der bürgerschaftlichen Bildung hervorgehoben und eine *Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft* entwickelt.

Die Unterstützungsstrategie für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft hat grundsätzlich vier Funktionen:

1. Eine *bildende* Funktion, die als eine Art Rückwirkung verstanden wird, die für die Gestaltung von Bürgerbewusstsein und bürgerschaftlichen Haltungen sorgen soll.
2. Eine *integrierende* Funktion, die als Rückwirkung auf partnerschaftliche Beziehungen zwischen den Beteiligten verstanden wird, die während der Entwicklung einer Strategie stattfinden.
3. Eine *motivierende* Funktion, die als ein ganzer Komplex von Inhalten und praktischen Instrumenten verstanden wird, die sowohl die Bürger als auch die Staatsmacht bei dem Aufbau der Zivilgesellschaft inspirieren soll.

4. Eine *programmatische* Funktion, die als eine direkte Rückwirkung auf den Entstehungsprozess des Programms für eine Zivilgesellschaft verstanden wird.

Jede der oben genannten Funktionen bildet eine Möglichkeit und zugleich eine Herausforderung für die Entstehung von bürgerschaftlichen Aktivitäten und gibt einen Anstoß für ein Zusammenwirken im Rahmen der Bildung einer Zivilgesellschaft.

Diese Strategie definiert eine bürgerschaftliche Gesellschaft als ein Handlungsgebiet von Institutionen, Organisationen, Gruppen und einzelnen Individuen, die sich innerhalb einer Familie, eines Staates oder aber im Rahmen eines Marktes überall dort ausbreitet, wo eine Debatte zum Thema „Werte“, die das gemeinsame Gut und das freiwillige Zusammenarbeiten zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen fördern, geführt wird (vgl. Ministerstwo Polityki Społecznej 2005, 7).

Die bürgerschaftliche Gesellschaft ist auch eine Gesellschaft, in der es aktive und an gemeinsame Interessen denkende Bürger gibt, sowie politische Zusammenhänge und soziale Beziehungen, die auf dem Phänomen der Gleichheit basieren und zu gegenseitigem Vertrauen und enger Zusammenarbeit führen (vgl. Ministerstwo Polityki Społecznej 2005, 7).

Die Strategie definiert folgenden Auftrag für die Gesellschaft. Sie soll zur Verstärkung der Bürgersubjektivität beitragen und die Voraussetzungen für die Entwicklung der bürgerschaftlichen Institutionen schaffen. Die Subjektivität der Bürger, verstanden als relativ stabile Fähigkeit zu souveränen Tätigkeiten, bildet ein wichtiges Fundament der Demokratie.

Die Strategie nennt vier Prioritäten:

1. Aktive, bewusste Bürger
2. Starke Nicht-Regierungs-Organisationen
3. Soziale Integration
4. Soziale Marktwirtschaft (vgl. Ministerstwo Polityki Społecznej 2005, 21).

Im Folgenden möchte ich mich auf die beiden ersten Aspekte konzentrieren.

Die wichtigste Grundlage einer Zivilgesellschaft bilden ihre Bürger, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst sind. Ohne diese Bürger würden keine zivilgesellschaftlichen Organisationen entstehen können. Die Demokratie würde sich in förmliche Verfahren verwandeln, wo der Staat mit seinen Be-

hörden von den Bürgern als machtlos und fremd angesehen wird, obwohl sehr ausgebaute Strukturen vorhanden sind. Man sollte vielleicht erwähnen, dass in Polen ca. 20 % der Bevölkerung Mitglieder in verschiedenen Organisationen sind. Allerdings zeigen Befragungen, dass 30 % aller Mitglieder eher passive Mitglieder sind, d. h. sie zahlen keine Beiträge, nehmen nicht an Mitgliederversammlungen teil und halten keinen direkten Kontakt zu den Organisationen, zu denen sie formal gehören. Niedrig ist auch die Wahlbeteiligung. Das betrifft nicht nur die Teilnahme an den landesweiten Wahlen und den Referenden, sondern im besonderen an den kommunalen Wahlen. (Bei den Parlamentswahlen 2001 beteiligten sich 46 % der Wahlberechtigten, bei den Wahlen zum Europaparlament nicht einmal 21 %. Die durchschnittliche Beteiligung an den kommunalen Wahlen beträgt 19 %, nur 13 % von Referenden wurden als wichtig empfunden.) Auch das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist beunruhigend.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in Polen zurzeit eine Situation zu beobachten ist, die als Teilnahmslosigkeit der Bürger und als ein Demokratiedefizit – im Sinne einer Situation, die bewirkt, dass die staatlichen Organisationen und Strukturen weniger demokratisch agieren, als es der Fall sein könnte – zu bezeichnen sind.

Um die Teilnahme der Bürger am aktiven, öffentlichen Leben zu fördern, sollte man ihnen angemessene Bedingungen schaffen und sie mit konkreten Ressourcen und Fertigkeiten versorgen, die eine aktive Teilnahme an der Demokratie ermöglichen. Hier spielt die bürgerschaftliche Bildung eine wesentliche Rolle. Bildung ist eine unverzichtbare Grundlage für eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft. Sie dient der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten (ermöglicht z. B. die Teilnahme am sozial-politischen Leben) und trägt entscheidend zur Chancengleichheit für alle bei.

Die Förderung der bürgerschaftlichen Bildung sollte sich zeigen in

- der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, die bürgerschaftliche Programme anbieten und bürgerschaftliches Bewusstsein verstärken,
- der Unterstützung der Tätigkeiten zugunsten der Lieferung kostenloser und gründlicher Informationen,
- der Unterstützung von Bürgerinitiativen und humanitären Einstellungen (vgl. Ministerstwo Polityki Społecznej 2005, 23).

Der zweite Punkt der zuvor aufgeführten Prioritätenliste ist angewiesen auf starke Nicht-Regierungs-Organisationen, die wesentliche institutionelle Teile der Bürgergesellschaft bilden. Heutzutage besteht dieser Sektor aus über 60.000 Organisationen in 55.000 Vereinen und über 8.000 Stiftungen (vgl. Klon/Jawor o. J.).

Polen war eines von 28 Ländern, die an einem internationalen Forschungsprojekt zu bürgerlichem Bewusstsein und aktivem bürgerlichen Engagement von 14-jährigen Jugendlichen teilgenommen haben, das von der International Educational Association (IEA) durchgeführt wurde (vgl. Torney-Purta u. a. 2001). Dabei wurden über 90.000 14-Jährige befragt (in Polen aus 179 Schulen). Es zeigte sich, dass polnische Jugendliche ein umfangreiches Wissen in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft besitzen. Sie brachten es auf das beste Ergebnis aller 28 Länder, und sie erzielten auf diesem Gebiet sogar bessere Ergebnisse als andere gleichaltrige Teilnehmer aus den traditionell demokratischen Ländern wie zum Beispiel der Schweiz, England oder den USA. Es stellte sich aber gleichzeitig heraus, dass die polnischen Jugendlichen, wenn es um die praktische Umsetzung der Ideen ging, weniger aktiv sind.

Das gesellschaftliche Engagement bei jungen Polen ist somit im Allgemeinen nicht zufriedenstellend. Die polnischen Jugendlichen sehen zwar ein, dass zum Beispiel Wahlen eine sehr wichtige Rolle spielen, dafür aber fehlt es ihnen an persönlichem Engagement im Alltag. Zahlreiche Daten, die die Teilnahme an verschiedenen Projekten und die Zugehörigkeit zu verschiedenen Organisationen (lokalen, wohltätigen, umweltpolitischen, staatspolitischen) darstellen, belegen, dass die Polen den letzten oder den vorletzten Platz einnehmen. Gleichzeitig wurde auch festgestellt, dass je näher die Jugendlichen an das Erwachsenenalter rücken, sie desto weniger Interesse am öffentlichen Leben zeigen. Dies ist eine beunruhigende Tatsache.

Ein möglicher Grund dafür ist, dass es an den polnischen Schulen an einer richtigen Einstellung gegenüber vielen Schülerinitiativen fehlt (vgl. Sieleyki 2005). Die Schülerverwaltung ist zum Beispiel ein Modell des zukünftigen gesellschaftlichen Lebens, ein Prüfstein für bürgerschaftliche Haltungen, ein Ort, wo man debattieren kann, und es gibt in vielen Schulen Strukturen für entsprechende Aktivitäten. Ein Beleg dafür sind die in sämtlichen Schulen existierenden *Europaclubs*. Schulische Europaclubs sind eine Form der Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schülern, die mit der Tätigkeit von Interessenclubs vergleichbar ist. Die Mitgliedschaft in diesen Clubs basiert auf Freiwilligkeit.

Die Clubs beschäftigen sich mit der Verbreitung des Wissens über Europa – seine Städte, seine Geschichte, Geographie, Kunst, Wissenschaft, berühmte Personen, Institutionen und Organisationen, mit der europäischen Integration, mit Kontakten zwischen den Clubmitgliedern anderer Schulen und Schülern, aber auch mit ihren Familien, Bekannten und den Bürgern der jeweiligen Regionen. Der Club vermittelt jungen Menschen Aktivität, Toleranz, Achtung für kulturelle Unterschiede und die Heterogenität der Nationen, außerdem legt er Wert auf die Fähigkeit der eigenständigen Recherche und Teamarbeit. Die Europaclubs gibt es an jeder Schulform – an Grundschulen, Gymnasien, Lyzeen, Techniken, Berufsschulen in allen Wojewodschaften sowohl in großen Städten als auch in kleinen Dörfern.

Die Hauptaufgabe der Clubs besteht aber nicht allein darin, Jugendliche über Europa zu informieren, sondern Europa zu gestalten und Eigenschaften wie Toleranz, Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortlichkeit zu vermitteln sowie nationalen Überlegenheitsgefühlen vorzubeugen.

Die Jugendlichen nehmen gerne an den Aktivitäten teil, die sie für sinnvoll halten und bei denen sie merken, dass sie selbständig Entscheidungen treffen dürfen. Hier spielen die Lehrer eine wichtige Rolle. Deren gesellschaftliches Engagement liegt über dem Durchschnitt. Aber es reicht bei Weitem nicht aus, wenn man bedenkt, dass die Lehrer darüber hinaus relativ wenig Interesse für lokale Initiativen und Geschehnisse zeigen.

Die Hauptaufgabe der bürgerschaftlichen Bildung besteht in der Schaffung von Möglichkeiten für junge Menschen, praktische bürgerliche Erfahrungen in der Schule zu sammeln. Das sollte als Wissensergänzung über die Funktionsweise des demokratischen Staates und der Zivilgesellschaft dienen, das die Jugendlichen bereits heute in der Schule erwerben. Heutzutage ist in der Schule allerdings festzustellen, dass größerer Wert auf das enzyklopädische Wissen und nicht auf die Praxis gelegt wird.

Das Hauptfach in der Schule, das für die bürgerschaftliche Erziehung zuständig ist, lautet „Wissen *über* die Gesellschaft“ („wiedza o społeczeństwie“). Es fördert, wie schon der Name sagt, eher enzyklopädisches Wissen und nicht praktische Bildung, prodemokratische Einstellungen und Fertigkeiten. Man könnte vielleicht vorschlagen, dass das Fach seine Bezeichnung in „Wissen *für* die Gesellschaft“ ändern sollte.

Heutzutage stehen die Demokratie und die Bemühungen, sie zu etablieren, immer noch vor großen Herausforderungen. Demokratie lernen heißt nicht nur friedliches Zusammenleben und Identifikation mit der Verfassung, son-

dem auch die Bereitschaft, sich zu engagieren. Demokratie verlangt selbstständiges Denken und Handeln. Sowohl in der Gemeinde als auch in der „großen Politik“ ist immer das Engagement von Bürgern gefragt. Fähigkeiten zur demokratischen Teilhabe und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme bilden die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft. Man sollte nicht vergessen, dass in der Schule hierfür wichtige Grundsteine gelegt werden müssen. Es ist aber geboten, schulische und außerschulische Bildungspotenziale bei der Gestaltung von Bildungsprozessen neu aufeinander zu beziehen.

Zu den unerlässlichen bürgerlichen Kompetenzen, die bei der aktiven Teilnahme in der bürgerschaftlichen Bildung berücksichtigt werden müssen, zählen vor allem die drei folgenden:

- Wissen (Demokratie, Rechte, Freiheit, Europa, aktueller Standpunkt, Politik)
- Fertigkeiten (aktives Teilnehmen)
- Einstellungen (Verhältnis zur Demokratie).

Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Teamfähigkeit und Eigeninitiative, die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und die Bereitschaft, gegen Ungerechtigkeit, Willkür und Intoleranz einzutreten, sind wichtige Schlüsselqualifikationen, die die bürgerschaftliche Bildung beinhaltet.

Die Bildung als Schlüsselfaktor für die Zukunft in Politik und Gesellschaft hat somit höchste Priorität.

Literaturhinweise

Klon/Jawor Association: <http://www.klon.org.pl>

Ministerstwo Polityki Społecznej (2005): Strategia wspierania rozwoju społeczeństwa obywatelskiego. Warszawa.

Schubert, K./Klein M. (2003): Das Politiklexikon Bonn.

Sieletycki, M. (2005): Uwagi na rozpoczęcie Europejskiego Roku Edukacji Obywatelskiej w Polsce. <http://www.erec.codn.edu.pl>

Torney-Purta, J./Lehmann, R./Oswald H./Schulz W. (2001): Rapport Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen.